



Verteiler:
15 Landesbehörden
(siehe Anlage)

Eschenstraße 55
31224 Peine
T +49 5171 43-0
www.bge.de

Ansprechpartner

Durchwahl

Fax

E-Mail

Mein Zeichen

SG02101/ [div.]

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Datum 27. März 2023

Anzeige geologischer Untersuchungen nach § 8 Geologiedatengesetz (GeoIDG¹)

Sehr geehrte Damen und Herren,

entgegen unserer bisher vertretenen Rechtsauffassung, dass eine Anzeige nach § 8 GeoIDG im Rahmen der Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung nicht notwendig sei, möchten wir, entsprechend mehrfach seitens der Staatlichen Geologischen Dienste geäußelter Hinweise, nachfolgende geologische Untersuchungen bei Ihnen als der zuständigen Behörden anzeigen. Die nach § 8 S. 2 GeoIDG zu übermittelnden Nachweisdaten können Sie der Auflistung entnehmen:

1. § 8 S. 2 Nr. 1 GeoIDG:

- Bezeichnung und Zweck der geologischen Untersuchung: Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle; Schritt 2 Phase I; § 14 Standortauswahlgesetz (StandAG²): Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung; Bewertung des geologischen Untergrunds der in Schritt 1 Phase I ausgewiesenen Teilgebiete zzgl. eines 10 km-Pufferstreifens sowie ggf. innerhalb von Gebieten, um die Teilgebiete erweitert werden müssen³.

¹ GeoIDG: Geologiedatengesetz vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1387).

² StandAG: Standortauswahlgesetz vom 5. Mai 2017 (BGBl. I S. 1074), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2760) geändert worden ist.

³ Schreiben der BGE an das BASE – [Umgang mit neuen Erkenntnissen im Standortauswahlverfahren](https://www.bge.de/de/endlagersuche/wesentliche-unterlagen/korrespondenzen/) sowie weitere Korrespondenz zu diesem Thema unter <https://www.bge.de/de/endlagersuche/wesentliche-unterlagen/korrespondenzen/>



- Name und Anschrift der anzeigenden Person: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), Eschenstr. 55, 31224 Peine, vertreten durch die Geschäftsführung: Stefan Studt (Vors.), Steffen Kanitz, Dr. Thomas Lautsch.
- Name und Anschrift des Auftraggebers: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, 11055 Berlin
- Art, Methode, voraussichtlicher Umfang und die geplante Dauer der geologischen Untersuchung: Datenauswertung und -interpretation auf Basis existierender geologischer Daten, die im Bereich der in Schritt 1 Phase I ausgewiesenen Teilgebiete zzgl. eines 10 km-Pufferstreifens sowie ggf. innerhalb von Gebieten, um die Teilgebiete erweitert werden müssen mit Hilfe vorhandener und neuentwickelter technischer Verfahren ausgewertet und gemäß der in BGE (2022a⁴, 2022b⁵) beschriebenen Methode zur Ermittlung von Standortregionen verwendet werden. Die geologische Untersuchung soll im Jahr 2027 mit der Übermittlung des Vorschlags von Standortregionen für die übertägige Erkundung abgeschlossen werden (BGE (2022c)⁶).

2. § 8 S. 2 Nr. 3 bis 5 GeoIDG:

- Geologische Untersuchungen nach § 8 S. 2 Nr. 3 bis 5 GeoIDG sind im Rahmen von § 14 StandAG nicht vorgesehen und werden daher nicht vorgenommen.

3. § 8 S. 2 Nr. 6 GeoIDG:

- Bei Neubearbeitungen öffentlich bereitgestellter Fach- und Bewertungsdaten: Die Nachweisdaten, aus denen die Fach- und Bewertungsdaten, die in die geologische Untersuchung einbezogen werden, abgelesen werden können: Bei den von uns

⁴ BGE (2022a): Konzept zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung. Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH. Peine.

⁵ BGE (2022b): Methodenbeschreibung zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung. Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH. Peine.

⁶ BGE (2022c): Zeitliche Betrachtung des Standortauswahlverfahrens aus Sicht der BGE. Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH. Peine. BGE



vorgenommenen geologischen Untersuchungen handelt es sich um Neubearbeitungen. Diese beziehen sich jedoch nicht ausschließlich auf bereits öffentlich bereitgestellte Fach- und Bewertungsdaten. Folglich erfasst der Wortlaut lediglich eine Teilmenge der von uns verwendeten Daten. Sinn und Zweck der Regelung ist es zudem, dass diejenigen, die von der öffentlichen Bereitstellung profitieren, indem sie lediglich Neubearbeitungen vornehmen, nicht bessergestellt sind als diejenigen, die Rohdaten unter hohem Kostenaufwand beschaffen. Wer von der Bereitstellung der Daten profitiert, soll auch zur Weiterentwicklung des Systems beitragen (vgl. BT-Drs. 19/17285, S. 55). Vorliegend handelt es sich um Daten, die uns zu einem weit überwiegenden Teil von Ihnen für die Zwecke der Standortsuche nach § 12 Abs. 3 S. 2 StandAG zur Verfügung gestellt worden sind. Ihnen ist bekannt, dass wir und mit welchen Daten wir arbeiten. Die Veröffentlichung unserer Ergebnisse und öffentliche Bereitstellung der entscheidungserheblichen geologischen Daten nach den Vorgaben des GeoIDG ist dem Verfahren immanent. Sinn und Zweck der Regelung kommen daher in unserem Fall nicht zum Tragen. Hinzu kommt, dass eine „Rückübermittlung“ der Nachweisdaten zu einem hohen Mehraufwand auf beiden Seiten führt. Dies würden wir gerne vermeiden und sehen dies - wie dargestellt - auch vom Gesetz abgedeckt.

Mit freundlichen Grüßen



Bereichsleiterin
Standortauswahl



Abteilungsleiter
Standortsuche

Verteiler

Das Anschreiben „Anzeige geologischer Untersuchungen nach § 8 Geologiedatengesetz (GeolDG)“ vom 27.03.2023 wurde von der BGE an folgende 15 Landesbehörden übermittelt:

- Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg
- Bayerisches Landesamt für Umwelt
- Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz Berlin
- Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg
- Geologischer Dienst für Bremen
- Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft – Geologisches Landesamt Hamburg
- Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie
- Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern
- Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen
- Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen
- Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz
- Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
- Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
- Landesamt für Umwelt Schleswig-Holstein
- Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz